

# „Gezielte Marktarbeit“

Wie Rainer Eppelmann mit NVA-Material schnell noch Kasse machen ließ

**K**urz vor seiner Auflösung leitete das DDR-Verteidigungsministerium schnell noch Geschäfte mit den gigantischen Waffen-, Munitions- und Materialbeständen der ehemaligen Nationalen Volksarmee (NVA) ein.

Vorige Woche machte das Bundeswehrkommando Ost, das seit dem 3. Oktober die ehemalige NVA befehligt, eine erste Bestandsaufnahme: 9487 Panzer und Schützenpanzer, 2465 großkalibrige Geschütze, 191 Schiffe, 1,2 Millionen Handfeuerwaffen und über 300 000 Tonnen Munition besaß die NVA. Wieviel davon bereits verkauft, aber noch nicht ausgeliefert ist, darüber muß sich Bonn erst noch Klarheit verschaffen.

Schwung in den Waffenbasar brachte Verteidigungsminister Rainer Eppelmann.

Mit dem „Befehl Nr: 31/90 des Ministers für Abrüstung und Verteidigung über Maßnahmen zum Verkauf von Material und Ausrüstung aus den Beständen der NVA“ vom 16. August 1990 wies er seine Leute „zur Beschleunigung der bisher eingeleiteten Maßnahmen bei der Verwertung von Material und Ausrüstung durch Verkauf“ an: „Die Anstrengungen zum Verkauf von Wehrmaterial sind zu verstärken.“ Der Bedarf ausländischer Interessenten an NVA-Wehrmaterial sei durch „gezielte Marktarbeit“ bis zum 30. August 1990 zu ermitteln und Eppelmann „zur Bestätigung vorzulegen“.

Im Klartext: Vor dem 3. Oktober, dem Stichtag für den Übergang der NVA-Bestände an Bonn, sollte Geld gemacht werden, wo immer es ging. Die Einnahmen sollten Ost-Berlin zugute kommen und nicht wie nach dem 3. Oktober in den Bundeshaushalt fließen. Seitdem ist allein die mehrheitlich bundeseigene Vebeg in Frankfurt für Verkauf zuständig.

Die Akquisiteure waren emsig. Nahezu täglich präsentieren Käufer aus dem In- und Ausland jetzt Verträge und verlangen Lieferung. Mehrere Käufer drohen mit Schadenersatzforderungen.

Rechtzeitig zugeschlagen haben die Saudis. Durch Vermittlung des US-Botschafters in der DDR kaufte der Golfstaat vom Eppelmann-Ministerium über eine DDR-Firma 550 000 Schutzanzüge der NVA und der Westgruppe der Sowjetarmee.

Einem anderen Deal ist das Bonner Verteidigungsministerium auf die Schliche gekommen – ob noch rechtzeitig, muß sich zeigen. Am 10. Mai hat das DDR-Ministerium einen fünfjährigen Rahmenvertrag über die Verwertung militärischer Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände mit der privaten Firma Vemig Verwertungsgesellschaft militärischer Ausrüstungsgüter mbH in Rottenburg am Neckar geschlossen.

Als die Hardthöhe nach dem 3. Oktober versuchte, aus dem Vertrag mit der Vemig herauszukommen, um die bundeseigene Vebeg ins Geschäft zu bringen, erlebte sie eine böse Überraschung: Das Bundesjustizmi-

Zum Vergleich: Verliert ein Bundeswehrangehöriger seine Knobelbecher oder nimmt er sie beim Ausscheiden mit nach Hause, muß er 70 Mark löhnen.

Geprüft wird derzeit auch ein dubioser Vertrag (Nummer 10/51/90), den das Eppelmann-Ministerium kurzfristig vor dem 30. September mit der Firma „WSB-Schrott- und Rohstoffgroßhandel Export und Import oHG, Hamburg/Eisleben“ über das Ausmustern von panzertechnischem Gerät abgeschlossen hat.

Seltsam: Die ehemaligen NVA-Offiziere, die den Vertrag geschlossen haben, seien, so meldete die Außenstelle Strausberg nach Bonn, auch



Eppelmann, NVA-Offiziere: „Die Anstrengungen sind zu verstärken“

nisterium bestätigte am 17. Oktober, daß der Vertrag mit der privaten Konkurrenz gültig ist.

Dieser Kontrakt öffnet Spekulationen Tür und Tor. Beispiel: Auf dem Umweg über Vemig könnten ehemalige NVA- oder Stasi-Angehörige später an den Verkaufserlösen partizipieren. Indiz: Die Firma Vemig hat sich laut Verteidigungsministerium dazu verpflichtet, „ihre Geschäftstätigkeit in ehemaligen Geschäfts- und Lagerräumen der NVA vorrangig mit ehemaligen Angehörigen der NVA auszuüben“.

Das würde sich lohnen. Nach Schätzungen der Hardthöhe handelt es sich um Ware, von der Unterhose bis zu den Stiefeln, im Wert von mindestens 2,4 Milliarden Mark. Die 43teilige Ausrüstung eines NVA-Soldaten sei der Vemig zum Preis von 69,80 Mark zugesagt worden. Da sind fette Gewinne für das Privatunternehmen drin.

nach Ausscheiden aus dem Dienst weiterhin mit der Abwicklung des Vertrages befaßt. Seltsam auch: Die Verschrottung erfolge unkontrolliert, und außer dem Schrott wurden auch funktionstüchtige Baugruppen verkauft.

Am 18. Oktober zog das Verteidigungsministerium die Notbremse. Das Anti-Korruptions-Referat der Hardthöhe richtete eine Dépendance in Strausberg ein.

Da noch keine Übersicht über die von der Nationalen Volksarmee geschlossenen Verträge möglich sei, hat das Bundeswehrkommando Ost „die Auslieferung von Wehrmaterial aufgrund der vor dem 3. 10. 1990 geschlossenen Verträge vorerst sperren lassen, unter anderem in der Hoffnung, auf diesem Wege weitere Auftragnehmer festzustellen“ – vor allem solche, die identisch sind mit den Verkäufern.